

«Guet Chriesi ässe» dank innovativen Zuger Sportlern

Mit den Zugern Obstproduzenten war im Frühling nicht mehr «guet Chriesi ässe». Der Frost Ende April vernichtete einen Grossteil der heranreifenden Früchte. Nun hat es zwar feinste Kirschen, doch der Absatz hält sich in Grenzen.

Kanton Um den Kirschenabsatz im Kanton zu forcieren haben sich drei Zuger Topathleten entschlossen, den Bauern unter die Arme zu greifen und dabei mit einem Video auf die hiesigen «Chriesi» aufmerksam zu machen. Entstanden ist die Idee in einer unfreiwilligen Trainingspause der Sportler Janosch Nietlispach (Kickbox-Weltmeister), Andy Meyenberg (5-facher Wakeboard-Weltmeister) und Sebi Eichenberger (multisportives Ausnahmetalent). Alle drei waren nach Kämpfen, Vorbereitungscamps oder Fotoshootings verletzt und mussten ihr Training ausfallen lassen. Die freigeordnete Zeit wollte keiner ungenutzt verstreichen lassen. Als sie hörten, dass die Zuger Bauern Unterstützung brauchen, war der Fall klar: «Chum mir göi ga Chrieseli gönne».

Chriesi Absatz in Gefahr

Trotz des Jahrhundertfrosts konnten die Schweizer Obstproduzenten rund 800 Tonnen Kirschen produzieren. Diese gilt es zu lesen, zu fairen Preisen gewinnbringend zu verkaufen und damit der ausländischen Importkonkurrenz Gegenwind zu bieten. Jedoch blieben die negativen Schlagzeilen der Kirschenkrise in den Köpfen der



Drei Zuger Top-Athleten haben sich entschlossen, den Bauern unter die Arme zu greifen, und dabei mit einem Video auf die hiesigen «Chriesi» aufmerksam zu machen.

Schweizer Bevölkerung hängen, was eine direkte Auswirkung auf das Konsumentenverhalten hatte. Anders ausgedrückt, die Kirschen lassen sich nun kaum mehr verkaufen, obwohl Quantität und Qualität vorhanden sind.

Zuger helfen Zuger

Um die Obstproduzenten zu unterstützen, machten sich Nietlispach, Meyenberg und Eichenberger auf, um einen Zuger Bauern tatkräftig zu unterstützen. Bei Landwirt Jürg Odermatt aus Hünenberg durften sie als Gehilfen antreten. Professionell führte er sie in eine ressourcenschonende Ernte-Weise ein. «Erntet die Kirschen mit Stiel, zur Schonung des Fruchtholzes und damit sie anschliessend nicht entsaften». Neu für die drei Sportler, kannten sie bisher eher Aussagen für ihr Tun wie «Gebt alles, greift an, wo

ihr könnt!» Vertrauter waren ihnen dafür Odermatts Tipps wie «Die besten Kirschen wachsen oft in unerreichbarer Höhe. Seid mutig und steigt die Leiter bis zur letzten Sprosse empor.» So schritten sie bestens instruiert, verletzt wie sie waren, aber motiviert zur Tat.

«Ein wahrhaftiger und schweisstreibender Trainingsersatz mit hohem Spassfaktor. Dafür konnten wir hoffentlich Gutes tun», meinte somit der Wakeboard-Weltmeister Andy Meyenberg nach getaner Arbeit. Auch Sebi Eichenberger und Janosch Nietlispach konnten nur beipflichten und waren erleichtert, dass sie – zugegebenermassen etwas ausgepowert, aber dafür zufrieden – mit dem Traktor von der Kirschanlage zurück chauffiert wurden. Den Film zur Mission gib'ts auf www.zugsports.ch PD/DK

LESERBRIEF

Erster Teilsieg für die jungen Linken

Das Urteil von Kantonsrichter Sialm in der Plakataffäre markiert einen ersten Teilsieg für die Junge Alternative und JUSO, da sieben von zehn angeklagten natürlichen Personen freigesprochen wurden. Ansonsten bedeutet der Entscheid ein Gefälligkeitsurteil, das die Verstrickungen des Zuger Filzes untermauert.

Nun ist es offiziell: Mindestens sieben junge Linke wurden zu Unrecht angeklagt. Ansonsten bedeutet der Entscheid von SVP-Richter Sialm ein Gefälligkeitsurteil, das Präzedenzfälle (z.B. das Bundesgerichtsurteil im Fall Vassella) ebenso wie die mehrfachen Angebote der Angeklagten für einen Vergleich ignoriert.

Entscheidend für das Urteil waren wohl eher die Verbindungen des Richters, der in derselben Partei wie Regierungsrat Tännler politisiert und in derselben Anwaltskanzlei wie Regierungsrat Michel und Anwalt Wild arbeitete. Im Gegensatz zum ursprünglich zuständigen Kantonsrichter Staub, der sich befangen fühlte und in den Ausstand getreten ist, übernahm

der noch weniger unabhängige Sialm den Fall. Aufgrund der offensichtlichen Verstrickungen überraschen weder die superprovisorische Verfügung noch das nun vorliegende Urteil. Eine Trennung von Politik und Justiz, die politisch unabhängig agieren sollten, sieht jedenfalls anders aus.

«Dass sich Regierungsrat Tännler in den Medien dahingehend äussert, dass wir mehrmals Vergleiche abgelehnt hätten, ist irritierend. Wir waren es, die mehrere Vergleiche angeboten haben, die von den beiden Regierungsräten nicht angenommen wurden», kommentiert Anna Spescha, Co-Präsidentin der JUSO. Der Co-Präsident der Jungen Alternative, Konradin Franzini, ergänzt: «Da unsere Anwältin momentan in den Ferien weilt, werden wir einen Weiterzug nächste Woche besprechen. Es geht uns schon lange nicht mehr um zwei Plakate. Wenn die Obrigkeit zensiert und junge Menschen vor Gericht zerrt, dann geht es um die Verteidigung von Meinungsäusserungsfreiheit und Demokratie.»

Yannick Ringger, Zug

Wollen auch Sie Ihre Meinung zu einem brisanten Thema äussern?

Dann tun Sie es – wir geben Ihnen die Möglichkeit dazu!

Senden Sie Ihre Leserbriefe mit maximal 2000 Zeichen an redaktion@zugerwoche.ch.

Wirtschaftsdemokratie – Utopie oder Dystopie?

Von Drin Alaj

Die Demokratie hat sich als erfolgreichste Regierungsform des Politiksystems bewährt. Es ist nun an der Zeit deren Vorteile auch in die Wirtschaft einzuführen.

SP Dadurch sollen die von der (neo-)liberalen Wirtschaft systematisch produzierten Ungleichheiten präventiv verhindert werden – anstatt im Nachhinein teuer zu reparieren. Das Prinzip der Gewinnmaximierung nimmt immer mehr Bereiche unseres Lebens ein. Grosse Handelskonzerne dominieren die Politik. Die Finanzwirtschaft bestimmt die Realwirtschaft, was zur stetig wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich führt und die gesellschaftliche Stabilität bedroht. Heute besitzen zwei Prozent der Schweizer Bevölkerung mehr als die restlichen 98 Prozent zusammen. Zudem befinden wir uns inmitten der vierten industriellen Revolution und somit in einem Strukturwandel. Mit der inkrementellen Heranführung von intelligenten und digital vernetzten Systemen verschwinden traditionelle Berufe wie beispielsweise Postangestellte oder Drucker. Gemäss einer Studie von PwC werden in den nächsten fünf Jahren 80 Prozent der Unternehmen ihre Wertschöpfungskette digitalisieren. Stellenabbau ist die Folge. Berufliche Identitäten werden infrage gestellt und für Betroffene bleibt das ohnmächtige Gefühl der Machtlosigkeit. Doch wie kann man dem



Drin Alaj, Kopräsident SP Cham. z.Vg.

entgegenwirken? Die Reflexion verdeutlicht, dass die bisherige Wirtschaftslogik revolutioniert werden muss. Durch die Demokratisierung der Besitz- und Entscheidungsstrukturen in der Wirtschaft soll dieser ungesunden Entwicklung entgegengewirkt werden: «einfachen Mitarbeitenden» soll die Möglichkeit gegeben werden, die Prozesse von unten her aktiv mitzugestalten. Die Wirtschaftsdemokratie soll in einem allerersten Schritt eine Befreiung aus der aktuellen Alternativlosigkeit sein. Das Gemeinwohl kann nur gesteigert werden, wenn der Mensch ins Zentrum rückt. Die Wirtschaftsdemokratie ist demnach keine wirklichkeitsferne Idee, sondern ein zukunftsorientierter Lösungsvorschlag und eine deterministische Bedarfsermittlung. Politik wie Wirtschaft sind aufgerufen, Lösungen für die kommenden Herausforderungen zu entwickeln. www.cham.sp-zug.ch

LESERBRIEF

Schleichend macht sich der Terror der Linksextremen breit!

Sie besetzen illegal Liegenschaften, sie organisieren Saubannerzüge und Demonstrationen an denen sie mit Steinen, Feuerwerkskörpern, Flaschen, Hochleistungsschleudern etc. Passanten und Polizisten gefährden und verletzen. Ganz abgesehen von all den Sachbeschädigungen, die den Steuerzahler Jahr für Jahr Millionen kosten. In den Medien ist dann jeweils von Aktivisten und Kulturschaffenden die Rede. Durch das «Nichtbenennen» der Medien und die fehlende Abgrenzung linker Politiker zu den Linksextremen konnte sich die linksextreme Szene schleichend entwickeln. Nun sind wir schon so weit, dass in Zürich der Auftritt eines AFD-Politikers und in Bern die Demo gegen die «Nichtumsetzung der Masseneinwanderungsinitiative» aus «Sicherheitsgründen» wegen Drohungen aus linksextremen Kreisen abgesagt werden mussten. Spätestens jetzt sollten auch die Linken unter uns, inklusive die Medien aufstehen und das Kind, nämlich den linksextremen Terror in der Schweiz, beim Namen nennen und sich in aller Form davon distanzieren. Es kann nicht sein, dass die Linken, die stets Toleranz einfordern, ihre Meinungsfreiheit mit Gewalt ausleben, während sie Andersdenkende mit Gewalt und Terror daran hindern.

Thomas Werner, Unterägeri

Dunkle Wolken am Horizont

Von Daniel Stadlin

Die Zuger Bevölkerung hat letzten Februar die Unternehmenssteuerreform USR III klar angenommen und sich für die vom Regierungsrat vorgezeichnete Umsetzung der Reform ausgesprochen. Bekanntlich wird aber trotzdem nichts draus.

GLP Unser Kanton hätte die gesamtschweizerisch abgelehnte Steuerreform ganz gut in seine wirtschafts- und finanzpolitischen Strukturen einzubinden vermocht. Nun ist zu hoffen, dass dies mit der nachfolgenden Unternehmenssteuerreform (SV17) auch gelingen wird. Die kürzlich vom Bundesrat publizierten Eckwerte zeigen aber in eine andere Richtung – es wird schwieriger. Sie wird nicht nur die Steuerautonomie der Kantone schwächen, sondern auch die Situation der kleinen- und mittleren Unternehmen verschlechtern. Und es könnte zu einem mühsamen Gezerre unter den Städten und Gemeinden um die Kantonsanteile der Bundessteuer kommen. Wie wenn das nicht schon genug wäre, blüht unserem Kanton mit den unberechenbaren Konsequenzen der neuen Steuervorlage auf den Nationalen Finanzausgleich (NFA) noch weiteres Ungemach. Denn da lauern für die Geberkantone, insbesondere für Zug, die ganz grossen Fallstricke. Haben sie doch das Potential, unseren Kanton gehörig durcheinander zu bringen. Und wir können nichts dagegen tun, sind wir Zuger doch Gefangene dieses



Daniel Stadlin, Kantonsrat GLP, Zug. z.Vg.

monströsen Geldumverteilungssystem. Sollte die Berechnungsmethodik des NFA nicht möglichst kostenneutral an die neue Unternehmensbesteuerung angepasst werden können, wird nicht nur unser Staatshaushalt, sondern möglicherweise der Kanton Zug als Ganzes in eine tiefgreifende finanzielle Krise geraten. Diese Sorge ist absolut real, haben doch Anliegen der Geberkantone im Bundesparlament traditionell einen schweren Stand. Und dies, obwohl die Faktenlage eigentlich klar ist und der Finanzausgleich schon längst gerechter ausgestaltet sein müsste. Aber vielleicht kommt es zu einem neuen Wunder von Bern und der NFA wird endlich zum ursprünglich gewollten Solidarwerk, das nicht nur die Anliegen der Nehmer, sondern auch die der Geber angemessen berücksichtigt. www.zg.grunliberale.ch